

«Ich kann diese Drohung nicht verstehen»

Baumeister-Präsident Gian-Luca Lardi über die Streikwarnung der Gewerkschaften, das Baukartell und die Immobilienblase

Franziska Kohler (Text) und Marco Zanoni (Foto)

Zürich Im Baugewerbe droht ein vertragsloser Zustand, denn Ende Jahr läuft der Gesamtarbeitsvertrag aus. Doch zwischen den Gewerkschaften und dem Schweizerischen Baumeisterverband verhärten sich die Fronten. Sie streiten um die Löhne und die Rente mit 60. Bei der Frührentenlösung bräuchte es dringend eine Lösung: Der Stiftung, die sie finanziert, geht das Geld aus. Bis jetzt konnten sich die Baumeister und die Arbeitnehmervertreter nicht einigen, wie sie saniert werden soll. Die Gewerkschaften drohen nun mit einer Streikwelle.

Herr Lardi, Sie wollen die Leistungen bei der Frührentenlösung von Bauarbeitern kürzen, für die Gewerkschaften kommt das nicht infrage.

Warum halten Sie daran fest?

Es geht um dringliche Sanierungsmassnahmen, die wir möglichst rasch an die Hand nehmen müssen. Die Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt im Bauhauptgewerbe, welche die Übergangrenten für Bauarbeiter zwischen 60 und 65 finanziert, ist in Schieflage, sie weist einen Deckungsgrad von 93,7 Prozent auf. Die Blockadehaltung der Gewerkschaften verhindert eine Sanierung.

Die Gewerkschaften drohen mit einem gross angelegten Streik, wenn es keine Einigung gibt. Das wäre für Schweizer

Verhältnisse aussergewöhnlich.

Ich kann diese Drohung nicht verstehen. Mit unseren Sanierungsvorschlägen wäre es weiterhin möglich, ohne Rentenkürzung, aber mit 61 in Rente zu gehen. Wer sich mit 60 pensionieren lassen will, hätte je nach Variante zwischen 15 und 25 Prozent weniger Rente. Einige dieser Vorschläge stossen bei zwei von drei Gewerkschaften auf Verständnis. Ich bin zuversichtlich, dass es uns in den nächsten Monaten gelingt, eine vernünftige Lösung zu finden.

Mit anderen Worten:

Sie spekulieren darauf, dass die Gegenseite zersplittert.

Nein. Wir sind überzeugt, dass die Vernunft obsiegt. Die Baumeister wollen eine nachhaltige Lösung. Den Gewerkschaften hat das Thema Frührente bisher vor allem zur Mobilisierung für ihre Demonstration gedient. Mit dem Konflikt bringen sie ihre Leute auf die Strasse. Das Interesse an einer Lösung war bis jetzt gewerkschaftsseitig wohl auch deshalb nicht so gross. Ich hoffe, dass es hier nun Bewegung gibt.

Die durchschnittliche Rente von frührentierten Bauarbeitern liegt bei 4400 Franken. Kürzt man sie um 25 Prozent, bleiben noch rund 3300 Franken – eine schmerzhaft Einbusse.

Wer heute mit 60 in Pension geht, erhält bis 65 zwischen 20 und 30 Prozent mehr als ab 65 mit der AHV und der beruflichen Vorsorge zusammen. Bei jedem modernen Rentensystem ist es gerade umgekehrt: Der Bezüger muss bei einer Frührentenlösung eine Kürzung in Kauf nehmen. Unsere heutige Lösung ist schlicht nicht mehr finanzierbar. Ein Bauarbeiter in Frührente darf nach heutigem Recht ausserdem bis zu 20 Prozent weiterarbeiten. Wir wollen diese Obergrenze auf 30 Prozent erhöhen, damit jene, die das wollen, ihre Frührente weiter aufbessern können.

Für viele Bauarbeiter ab 50 ist es schwierig, den Job zu behalten oder gar einen neuen zu finden. Ihnen nützt das nichts. Die Statistik entlarvt diese Aussage als Vorurteil: Die 50- bis 60-Jährigen sind die grösste Altersgruppe auf dem Bau. Trotzdem ist es wichtig, dass wir für die einzelnen Mitarbeiter individuelle Lösungen finden. Erfahrene Kranführer, Lastwagenfahrer, Werkstatt- oder Magazinarbeiter sind nicht derselben physischen Belastung ausgesetzt wie zum Beispiel Mineure, die unter Tag arbeiten. Wir wollen darum kein Obligatorium einführen, sondern jedem Einzelnen mehr Flexibilität geben.

Die weniger gut Qualifizierten dürften es schwer haben, über 60 hinaus Arbeit zu finden. Gleichzeitig sind sie körperlich oft stark gefordert und können nicht bis 65 arbeiten.

Genau darum wollen wir an der Frührentenlösung ab 60 festhalten. Aber es braucht eine Korrektur bei den Leistungen.

Die Gewerkschaften sind zu Eingeständnissen bereit. Sie wollen die Lohnbeiträge an die Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt im Bauhauptgewerbe von

18 000 Bauarbeiter demonstrieren



Mehr als 18000 Bauarbeiter aus der ganzen Schweiz haben gestern in Zürich für die Rente mit 60, mehr Lohn und besseren Schutz für ältere Bauarbeiter demonstriert. Sollte der Baumeisterverband Lösungen verweigern, drohen die Gewerkschaften Unia und Syna, die zur Kundgebung aufgerufen hatten, mit Streik. Die Baumeister wollen die Löhne für ältere Bauarbeiter senken und ihre Kündigungsfristen verkürzen. Zudem wollen sie das Rentenalter auf 62 Jahre erhöhen oder die Renten von Frührentierten um 30 Prozent auf durchschnittlich 3300 Franken kürzen. Die Gewerkschaften sind dagegen. Die Frührentenlösung mit 60 erlaube es, in Würde in Rente zu gehen, statt invalid oder entlassen zu werden.



«Wer die Frührente im Bau ab 60 retten will, muss Hand bieten für eine echte Sanierung»: Gian-Luca Lardi

Die Frührente in ihrer heutigen Form ist also definitiv Geschichte?

Ja. In der Form, wie wir sie zwischen 2003 und 2018 hatten, ist sie langfristig untragbar. Wer die Frührente im Bau ab 60 retten will, muss Hand bieten für eine echte Sanierung.

Ihr Verband hat noch ganz andere Probleme. Der Bündner Kartellskandal wirft kein gutes Licht auf ihn. Wie sehr schadet Ihnen das?

Enorm. Die ganze Branche wird landesweit an den Pranger gestellt. Bei den Absprachen im Unterengadin ging es um ein Beschaffungsvolumen von rund 10 Millionen Franken pro Jahr. Das muss man zu den 20 Milliarden Franken ins Verhältnis setzen, die unser gesamtes Gewerbe jährlich abwickelt. Der Fall Unterengadin ist aber nicht der einzige: 2012 wurden Aargauer Baufirmen wegen Absprachen gebüsst, 2013 Zürcher Strassenbauer, 2016 Zürcher Baufirmen.

Das stimmt. Um das zu verstehen, muss man die zeitliche Dimension beachten. Bis in die Neunzigerjahre war die ganze Schweizer Wirtschaft kartellisiert, nicht nur der Bau. Ab 1995 wurde das Kartellrecht dann schrittweise verschärft. Doch eine träge Marktstruktur wie unsere lässt sich nicht von einem Tag auf den andern auf den Kopf stellen. Dieser Kulturwandel braucht Zeit. Ich bin aber mit Ihnen einig, dass er nun abgeschlossen sein sollte. Die Bündner Baubranche geht jetzt durch einen wichtigen und schmerzhaften Lernprozess.

Trotz aller Probleme: Ihr Geschäft brummt. Doch die Angst vor Überhitzung wächst. Die Nationalbank warnt immer lauter vor Preiskorrekturen bei Mehrfamilienhäusern, gerade diese Woche wieder.

Angst halte ich für einen übertriebenen Begriff. Aber das Risikobewusstsein nimmt zu. Vor fünf Jahren konnten Sie jedes Mehrfamilienhausprojekt aufziehen und auf den Markt werfen. Die Investoren sind heute vorsichtiger und die Immobilienentwickler innovativer. Und nicht alle geplanten Projekte werden auch wirklich realisiert. Das werde ich positiv: Der Markt funktioniert.

Nächstes Jahr könnten die Zinsen wieder steigen. Wie gross ist die Gefahr, dass die Immobilienpreise abstürzen?

Die Zinswende hat natürlich ein grosses Risikopotenzial. Aber für Alarmismus gibt es keinen Grund. Wir stehen ja seit einigen Jahren mitten in einem kontrollierten Abkühlungsprozess. Bisher ist es gut gelungen, das Gleichgewicht zu wahren. Die steigenden Leerwohnungsziffern wirken korrigierend. Und die Zinsen werden schrittweise und nicht abrupt erhöht werden.

Aber die Hypothekarschulden in der Schweiz sind auf einem neuen Rekordhoch. Sie liegen bei 146 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn es zu Korrekturen kommt, ist das für Ihre Branche gefährlich.

Wir haben im europäischen Vergleich eine hohe Privatverschuldung, das stimmt. Man muss sie aber ins Verhältnis setzen zum Lohnniveau und zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, die in der Schweiz ebenfalls sehr hoch sind. Wir sind hoch verschuldet, aber gleichzeitig auch ein sehr reiches Land.

7 auf 7,75 Prozent erhöhen, auch die Arbeitnehmer würden einen Teil tragen. Warum wollen Sie das nicht?

Wir haben die Beiträge schon 2016 von 5 auf 7 Prozent erhöht und damals einer rein beitragsseitigen Sanierung zugestimmt. Die Arbeitgeber – unsere Mitglieder – tragen davon mit 5,5 Prozentpunkten den Löwenanteil. Dadurch werden sie aber gegenüber der ausländischen, entsandten Konkurrenz enorm benachteiligt, weil diese von den Beiträgen befreit ist. Darum wehren wir uns dagegen, diese Diskriminierung gegenüber dem Ausland weiter zu erhöhen.

Nach 2025 ist die Generation der Babyboomer in Pension.

Das Problem löst sich von allein. Es bringt nichts, das Problem herunterzuspielen, wie die Gewerkschaften das tun. Niemand weiss, ob das Geld, das jetzt in der Stiftung steckt, als Puffer bis dahin reicht. Im letzten Jahrzehnt ist das Bauvolumen stetig gewachsen. Was aber, wenn es zu einer Konjunkturabkühlung kommt? Dann schrumpft automatisch auch die Salärsumme – und damit die Geldzufuhr in die Stiftung. Die Mittel wären viel schneller aufgebraucht, als heute prognostiziert.